Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

21.02.2015 Nr. 73

Inhalt:

Gespräch mit der Agentur für Arbeit	S. 01	Wahl zum Jugendstadtrat	S. 03
Diskussion um Robbe-Nachfolge	S. 02	Privatisierung für Papenburgs Bäder	S. 03
Baumaßnahme am Kreisel bei der Post	S. 03	Verkauf von Kinderspielplätzen	S. 04
Ausbau der Friedrikenstraße	S. 03	Einrichtung einer weiteren Ganztagsschule	S. 04

Oktober 2004

Gespräch mit der Agentur für Arbeit

Die Stadtratsfraktion von SPD und GRÜNEN setzte mit einem Gespräch mit Helmut Stavermann, Dienststellenleiter der Agentur für Arbeit in Papenburg, und Michael Jacob, Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Leer, die Tradition fort, sich über die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu informieren.

In einer offenen Diskussion wurden die Auswirkungen erörtert, die mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe verbunden waren. Bei einer Arbeitslosenquote von etwa 8,8 Prozent in Papenburg war die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Schwerbehinderten wieterhin Ziel ihrer Geschäftspolitik, versicherte der Dienststellenleiter in Papenburg. Man hätte gerade bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Vermittlung von Schwerbehinderten gute Erfolge erzielt. Durch gezielte Informationen des Arbeitsamtes hätte sich auch die Einstellung der Arbeitgeber gewandelt.

Zuständig für die Langzeitarbeitslosen wäre zukünftig in Papenburg der Landkreis Emsland. Leistungsrechtlich wären die Sozialämter vor Ort zuständig. Betreut würden die Arbeitslosengeld-II-Empfänger von Fallmanagern des Landkreises. Dabei wäre bei Jugendlichen 1 Fallmanager für 75 Jugendliche zuständig. Bei den Erwachsenen gelte ein Betreuungsverhältnis von 1 zu 150.

Helmut Stavermann bedauerte, dass in der gegenwärtigen Diskussion um Hartz IV die Arbeitswilligen häufig zu kurz kämen. Der überwiegende Teil der Arbeitslosen wäre qualifiziert und motiviert und hätte ein Interesse, möglichst schnell Arbeit zu finden. Deshalb war auch der Maßstab für die Förderung Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Zukünftig würde sich die Agentur in Leer ab Mitte 2005 als Reformagentur auf diejenigen konzentrieren, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung leisteten.

Michael Jacob betonte, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zunächst mit einer enormen zusätzlichen Arbeitsbelastung für die Agentur für Arbeit verbunden wäre. Allein in Papenburg müssten 1746 Arbeitslosenhilfeempfänger auf Arbeitslosengeld II umgestellt werden. Bisher war bei den Anträgen erst ein Rücklauf von 30 Prozent zu verzeichnen. Er appellierte an alle Arbeitslosenhilfeempfänger, möglichst schnell die Anträge ausgefüllt zurück zu geben. Die Agenturen hätten extra zusätzliches Personal bereitgestellt, die Antragsteller beraten. Wenn jemand mit den Anträgen nicht klar käme, würde ihm von diesen Mitarbeitern geholfen. Jeder Antragsteller trüge aber auch selbst Verantwortung, durch rechtzeitige Antragsabgabe dafür zu sorgen, dass die Auszahlung des Arbeitslosengeldes II rechtzeitig erfolgte. Ziel wäre es, bis zum 15.12.2004 alle Bewilligungsbescheide fertig zu stellen. Dafür hätte man organisatorisch alle Möglichkeiten geschaffen.

Nach der Überleitungsphase der Arbeitslosehilfeempfänger auf den Landkreis ab Mitte 2005 würden dann zwar etwa 50 Stellen bei der Agentur in Leer weniger benötigt. Gleichzeitig würde man aber mit einer neuen Aufgabe, einem Service-Center für die Region, 65 neue Planstellen schaffen.

Hartmut Bugiel, Michael Jacob, Bernhard Bloem, Wilhelm Kröger, Helmut Stavermann, Gottfried Sandmann, Anne Schnieders (von links nach rechts)

Diskussion um Robbe-Nachfolge

Angesichts der zunehmenden Diskussion in den örtlichen Zeitungen über mögliche Nachfolger für den Bundestagsabgeordneten Reinhold Robbe forderte der stellvertretende Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Emsland Peter Raske mehr Zurückhaltung. Eine Diskussion über eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger sollte erst erfolgen, nachdem Reinhold Robbe zum Wehrbeauftragten gewählt wurde. Dies wäre man der Würde des Amtes schuldig.

Die emsländische SPD würde sich vorher auch an einer Diskussion über mögliche Bewerber nicht beteiligen. Bis zur Bundestagswahl 2006 sei nach der Wahl des Wehrbeauftragten noch genügend Zeit für die Suche nach einer geeigneten Kandidatin oder einem geeigneten Kandidat. Jedoch machte er darauf aufmerksam, dass der Wahlkreis 26 „Unterems“ neben dem Landkreis Leer auch den nördlichen Teil des Emslandes umfasste. Die SPD im Emsland hätte deshalb bei der Kandidatenkür ein gewichtiges Wort mit zu reden.

Nach Auffassung von Peter Raske hätte eine Kandidatin oder ein Kandidat aus dem Emsland gute Chancen der direkt gewählten Abgeordneten aus dem Landkreis Leer Gitta Connemann das Mandat abzunehmen. Mit den Stimmen eines Kandidaten oder einer Kandidatin aus dem Emsland und dem emsländischen Lokalpatriotismus im Rücken könnte auch ein Direktmandat für die SPD im Wahlkreis 26 „Unterems“ gewonnen werden.

„Mehr Zurückhaltung“

Emsland-SPD zu Spekulationen über Robbe-Nachfolge

Papenburg

Zu „mehr Zurückhaltung“ bei der Diskussion über die Nachfolge des Bundestagsabgeordneten Reinhold Robbe als Direktkandidat der SPD haben die Sozialdemokraten im Emsland aufgerufen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes, Peter Raske aus Papenburg, plädierte dafür, einen Nachfolger erst zu benennen, nachdem Robbe Anfang kommenden Jahres zum Wehrbeauftragten berufen worden sei. Bekanntlich ist mit der Übernahme des Amtes der Verzicht auf das Bundestagsmandat verbunden.

Die emsländische SPD werde sich zum jetzigen Zeitpunkt an einer Diskussion über Bewerber nicht beteiligen, betonte Raske. Gleichwohl machte er darauf aufmerksam, dass der Wahlkreis Unterems neben dem Kreis Leer auch den nördlichen Teil des Emslandes umfasse und ein Kandidat aus dem Emsland durchaus Chancen habe, das Direktmandat zu erringen. In Ostfriesland waren bereits Kandidaten gehandelt worden, darunter auch der Personalchef der Papenburger Meyer-Werft, Paul Bloem.

Ems-Zeitung 13.10.2004

Zurückhaltung bei Diskussion gefordert

Emsland-SPD: Robbe-Nachfolger später suchen

PAPENBURG/BUNDE. Angesichts der zunehmenden Diskussion über mögliche Nachfolger für den SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhold Robbe fordert der stellvertretende Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Emsland, Peter Raske, mehr Zurückhaltung. Eine Diskussion über eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger solle aus der Sicht der emsländischen SPD erst erfolgen, nachdem Reinhold Robbe zum Wehrbeauftragten gewählt worden sei. Dies sei man der Würde des Amtes schuldig.

Würde Robbe im kommenden Frühjahr neuer Wehrbeauftragter des Bundetages, muss er seine Abgeordnetenmandat niederlegen. Die emsländische SPD kündigte an, sich vorher an einer Diskussion über mögliche Bewerber nicht zu beteiligen. In den vergangenen Tagen war von verschiedenen Seiten über Kandidaten spekuliert worden. Bis zur Bundestagswahl 2006 sei nach der Wahl des Wehrbeauftragten noch genügend Zeit für die Suche nach einer geeigneten Kandidatin oder einem geeigneten Kandidat. Jedoch macht Raske darauf aufmerksam, dass der Wahlkreis 26 „Unterems“ neben dem Landkreis Leer auch den nördlichen Teil des Emslandes umfasst. Die SPD im Emsland habe deshalb bei der Kandidatenkür ein gewichtiges Wort mit zu reden.

Nach Auffassung von Raske hätte eine Kandidatin oder ein Kandidat aus dem Emsland gute Chancen, der direkt gewählten Abgeordneten aus dem Landkreis Leer das Mandat abzunehmen. Mit den Stimmen eines Kandidaten oder einer Kandidatin aus dem Emsland und dem emsländischen Lokalpatriotismus im Rücken könne auch ein Direktmandat für die SPD im Wahlkreis 26 „Unterems“ gewonnen werden.

Von Haus zu Haus 13.10.2004

Emsland-SPD: „Auch wir haben ein Wort mitzureden“

ROBBE-NACHFOLGE Es sei noch nicht die Zeit für eine Kandidatenkür, meint Peter Raske

Die Genossen in und um Papenburg sind über die aktuelle Diskussion nicht glücklich. Sie fordern mehr Zurückhaltung.

PAPENBURG /FW - Unglücklich über die öffentlichen Spekulationen über mögliche Nachfolger für den SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhold Robbe zeigt sich die emsländische SPD. Der stellvertretende Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Emsland, Peter Raske, fordert mehr Zurückhaltung. Der Papenburger reklamiert ferner ein Mitspracherecht der emsländischen Sozialdemokraten.

Eine Diskussion über einen Nachfolger sollte aus der Sicht der emsländischen SPD aber erst erfolgen, nachdem Reinhold Robbe zum Wehrbeauftragten gewählt worden sei. Dies sei man der Würde des Amtes schuldig. Das teilt Raske in einer Presseerklärung mit. Wie der GA berichtete, waren bereits die Namen des SPD-Europaabgeordneten Garrelt Duin und der SPD-Landtagsabgeordneten Johanne Modder gehandelt worden. Zuletzt waren auch der Leeraner SPD-Kreisgeschäftsführer Remmer Hein sowie Bettina Stöhr, SPD-Kreistagsabgeordnete in Leer, ins Spiel gebracht worden.

Die emsländische SPD werde sich jetzt an der Diskussion über mögliche Bewerber nicht beteiligen, stellt Peter Raske fest. Bis zur Bundestagswahl 2006 sei nach der Wahl des Wehrbeauftragten noch genügend Zeit für die Suche nach einer geeigneten Kandidatin oder einem geeigneten Kandidat.

Raske legt indes Wert auf die Feststellung, dass der Wahlkreis 26 Unterems „neben dem Landkreis Leer auch den nördlichen Teil des Emslandes umfasst“. Die SPD im Emsland habe deshalb „bei der Kandidatenkür ein gewichtiges Wort mitzureden“.

Nach Auffassung von Peter Raske hätte eine Kandidatin oder ein Kandidat aus dem Emsland gute Chancen der direkt gewählten CDU-Abgeordneten Gitta Connemann aus dem Landkreis Leer das Mandat abzunehmen.

„Mit den Stimmen eines Kandidaten oder einer Kandidatin aus dem Emsland und dem emsländischen Lokalpatriotismus im Rücken könnte auch ein Direktmandat für die SPD im Wahlkreis Unterems gewonnen werden“, meint Raske.

General Anzeiger 14.10.2004

Baumaßnahme am Kreisel bei der Post

Die Fraktion aus SPD und GRÜNEN forderte nachdrücklich den sofortigen Beginn der Baumaßnahmen zur Veränderung des Kreisels an der Post. Hier sollte künftig die gesamte Straße „Am Stadtpark“ direkt vom Kreisel bis zur Ampelkreuzung „Friederi-kenstraße“ zweispurig geführt werden.

Im Mai 2004 begrüßte sie die Ankündigung der Stadtverwaltung, den Engpass bei der Straße „Am Stadtpark“ vor der Post zu beheben. Die Presse berichtete darüber. Die SPD-Ratsmitglieder versprachen sich dadurch weniger Stau vor der Ampel. Im Zuge dieser Umbaumaßnahme sollten nach ihrer Auffassung der auch die Parkbuchten vor der Post breiter gestaltet werden, um ein gefahrloses Aussteigen zu gewährleisten.

Aber bis jetzt wurde noch nichts für die Baumaßnahme in Angriff genommen. Für die SPD-Ratsmitglieder war es unverständlich, weshalb diese Maßnahme nicht weiter verfolgt wurden. Solange noch Gelder aus der Sanierung der Stadtmitte zur Verfügung standen, könnte diese effektive Verbesserungsmaßnahme schnell umgesetzt werden. Die SPD verlangte schnellste Aufklärung darüber, ob entsprechende Sanierungsmittel eingeplant waren. Sollte dieses nicht der Fall sein, müsste zugunsten der Behebung dieses Verkehrsproblems eine weniger aufwendige Gestaltung anderer Sanierungsobjekte überlegt werden, um somit die Finanzierung der Baumaßnahme am Kreisel und damit eine sofortige Umsetzung sicherstellen zu können.

SPD erfreut über weiteren Ausbau der Friederikenstraße

Die Fraktion aus SPD und GRÜNEN begrüßte, dass mit restlichen Sanierungsmitteln der weitere Ausbau der Friederikenstraße vom Haus Friederike bis zur Weißenburg in Angriff genommen wurde. Endlich bekam die Friederikenstraße ein freundliches Erscheinungsbild.

Auf Unverständnis stieß dagegen bei ihnen, dass nicht zugleich die Gelegenheit genutzt wurde, die Einmündung der Moorstraße in die Friederikenstraße zweispurig zu gestalten. Zwar konnte diese Baumaßnahme nicht aus Sanierungsmitteln finanziert werden. Das Gleiche galt aber auch für die neu gestaltete Einmündung zur Weißenburg, die ebenfalls außerhalb des Sanierungsgebietes lag. Mit dem Bau einer zusätzlichen Abbiegespur bei der Kreuzung Moorstraße/ Friederikenstraße könnte der Verkehr in die Stadtmitte wesentlich flüssiger werden. An dieser Stelle staute sich der Verkehr unnötigerweise, weil keine Abbiegespur gebaut wurde, obwohl ausreichend Platz dafür vorhanden war.

Gleichzeitig sollte nach Auffassung der SPD die Ampelanlage an dieser Stelle verlegt werden hin zur Einmündung zum Baugebiet Nostenbusch. Zunehmend wurde die Ampelanlage zu einem Hindernis für Busse und LKW, die von der Moorstraße bei Rot in die Friederikenstraße einbiegen und dann quer die gesamte Straße blockierten. Außerdem nutzten Fahrräder und Fußgänger mit dem Ziel Nostenbusch nicht die Ampelanlage, sondern sie überquerten ungesichert die Friederikenstraße zwischen Moorstraße und der Straße am Volkspark.

November 2004

Wahl zum 4. Jugendstadtrat

Die Ratsmitglieder von SPD und GRÜNEN riefen alle Jugendlichen in Papenburg auf, sich an der Wahl des Jugendstadtrates zu beteiligen. Eine große Wahlbeteiligung bei der Wahl zum 4. Jugendstadtrat sicherte auch den Einfluss der Jugendlichen.

In der Vergangenheit konnte ein aktiver Jugendstadtrat durchaus Einfluss auf die Jugendpolitik in Papenburg nehmen. Die SPD erinnerte in diesem Zusammenhang an die Einführung des Discobusses.

Für die für den Zeitraum vom 23. bis 25.11. festgelegten Neuwahlen erhielten in den letzten Wochen alle wahlberechtigten Papenburger im Alter zwischen 12 und 18 Jahren Unterlagen, aus denen sie erkennen konnten, wie das Wahlverfahren zur Besetzung des neuen Jugendstadtrates abläuft. Wer im Jugendstadtrat mitarbeiten möchte, sollte die ihm zugestellte Unterstützerliste von 10 wahlberechtigten Jugendlichen unterschreiben lassen. Die Frist zur Abgabe der Unterstützerliste war bis zum bis 05.11.2004 verlängert worden. Die SPD-Stadtratsfraktion sicherte den Mitgliedern des neuen Jugendstadtrates eine Unterstützung bei ihren Vorhaben zu.

Privatisierung für Papenburgs Bäder

Norbert Averdung informierte in einer Fraktionssitzung über sein Privatisierungsangebot für die städtischen Bäder. Ziel war es, den städtischen Haushalt bei dem Betrieb des Hallenbades und es Freibades zu entlasten und gleichzeitig die Attraktivität für die Besucher zu steigern. Averdung wollte die Bäder in eigener Regie und Verantwortung betreiben. Die Stadt sollte den Besuch der Bäder weiterhin jährlich mit einem 6-stelligem Euro-Betrag im Rahmen einer Nutzungsvereinbarung bezuschussen. Die Kosten für die Stadt sollten sich jedoch bis 2015 halbieren.

Norbert Averdung ging in seinem Angebot an die Stadt davon aus, dass das Hallenbad als Sportbad auch für die Schulen und Vereine erhalten bleiben sollte. Durch Steigerung der Attraktivität sollten die Besucherzahlen erhöht und die Einnahmesituation verbessert werden. Dafür waren nach den Ausführungen von Norbert Averdung Investitionen in Höhe von 1,5 Mio. Euro notwendig. Zunächst musste der Reparaturstau beseitigt werden. Es mussten im Hallenbad zeitgemäße Badeattraktionen wie Riesenrutschbahn, Whirlpool, Mutter-und-Kind-Badebecken, Türkisches Dampfbad und Ruhezone mit Liegen neu gebaut werden. Ebenfalls verbessert werden sollten das Erscheinungsbild und die Ausgestaltung des Freibades.

In der gleichzeitigen Beheizung der Turnhalle und des Schulzentrums zusammen mit dem Hallenbad durch ein Heizkraftwerk für Holzschnitzel und Strohpellets sah er Möglichkeiten der Kostenentlastung. Wobei eine Fernwärmeleitung vom Biomasse-Heizkraftwerk noch bessere Bedingungen liefern würde.

Die SPD-Fraktion hoffte, dass durch das Konzept des Ingenieurbüros Averdung für den Bürger, die Schulen, die Vereine und die Stadt Papenburg ein attraktives Badevergnügen langfristig gesichert werden könnte.

Die Mitglieder der Fraktion aus SPD und GRÜNEN Roland Seemann, Barbara Gruner, Hartmut Bugiel, Bernhard Bloem, Wilhelm Kröger (von links nach rechts), Anton Schippmann (2. von rechts), Gottfried Sandmann (rechts) , ließen sich von Norbert Averdung (3. von rechts) die Pläne für den Umbau des Hallenbades erläutern.

Verkauf von Kinderspielplätzen

Die Fraktion lehnte den geplanten Verkauf von Teilflächen bei 13 Spielplätzen ab. Ohne eine ausreichende Prüfung jedes Einzelfalls hinsichtlich des sozialen Umfelds, der Platzgestaltung und der baurechtlichen Grundlagen, die nach Auffassung der SPD durch eine Spielplatzkommission erfolgen sollte, würde es keine Zustimmung geben.

Die Fraktionsmitglieder waren verwundert darüber, dass erst nach der Beschlussfassung über den Verkauf ein Konzept zur Qualitätssicherung aller städtischen Spielplätze vorgelegt werden sollte. Wenn die Ausstattung der Plätze Grundlage für die Bewertung wäre, dann griff dieses Konzept zu kurz.

Von der SPD kam zwar der Vorschlag, Teilstücke von einem nicht benötigten Kinderspielplatz zu verkaufen. Hierbei sollte es sich jedoch um eine einmalige Aktion handeln, um finanzielle Mittel zweckgebunden für die Erneuerung von Spielgeräten zu erhalten. Durch den einmaligen Grundstücksverkauf sollten gezielt Mittel frei gemacht werden für die Sanierung von Spielplätzen und es sollte nicht, wie jetzt von Verwaltung und CDU beabsichtigt, der Haushalt auf Kosten der Kinderspielplätze saniert werden.

Um eine solche Entscheidung vorzubereiten, schlug die Fraktion vor, eine Spielplatzkommission aus Ratsmitgliedern einzurichten. Sie hatte vor Jahren bei der Neugestaltung von Spielplätzen erfolgreich mitgewirkt und sollte dazu dienen, sich einen Überblick über die Ausstattung und den Zustand der Spielplätze in Papenburg zu verschaffen. Dies wurde jedoch von der Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Einrichtung einer weiteren Ganztagsschule

Das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ der Bundesregierung förderte den Ausbau von Ganztagsschulen. Damit hatte die Bundesregierung einen dringend notwendigen Richtungswechsel in der Bildungspolitik eingeleitet. Roland Seemann forderte die Stadt Papenburg auf, sich an diesem Programm zu beteiligen und in Papenburg eine weitere Ganztagsschule einzurichten.

Die Ganztagsschule war eine Antwort auf PISA, so Roland Seemann. Schülerinnen und Schüler müssten früher und individuell besser gefördert werden, damit ihre soziale Herkunft nicht weiterhin Maßstab für ihren Bildungserfolg bliebe.

Seit 2003 flossen die Gelder aus dem Programm. Bis einschließlich 2007 stünden insgesamt vier Milliarden € zur Verfügung.

Aus Sicht der Fraktion hätten Ganztagsschulen eine Reihe von Vorteilen. Sie erleichterten das Zusammenleben von Eltern und Kindern, indem sie die Eltern entlasten und Kindern eine sinnvolle Beschäftigung ermöglichten. Ganztagsschulen sollten kein Familienersatz sein, sondern Familienleben sinnvoll ergänzen. An Ganztagsschulen würden Probleme der Kinder frühzeitig erkannt. Es gäbe viel mehr Zeit zum Lernen und viel mehr Zeit für individuelle Förderung.

An Ganztagsschulen erhielten die Kinder gezielte Hilfe bei ihren Hausaufgaben. Dadurch würden auch die Eltern entlastet: Hausaufgaben würden zu Schulaufgaben. Sie böten kreative Freizeitgestaltung, indem sie mit außerschulischen Institutionen wie etwa der Jugendhilfe, Musikschulen, Sportvereinen u.a. kooperierten. Ganztagsschulen stärkten die soziale Kompetenz durch soziales Lernen über die verschiedenen Altersgruppen hinweg.